



Industrie- und Handelskammer
zu Leipzig

Wirtschaftspolitische Positionen der IHK zu Leipzig anlässlich der Kommunalwahlen am 25. Mai 2014

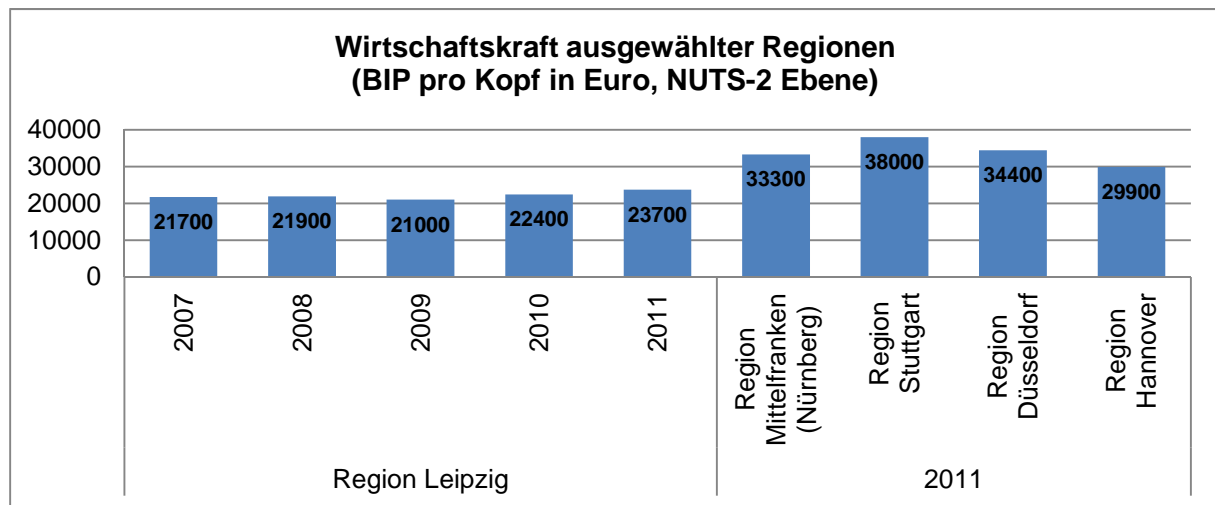
In den rund 80.000 Unternehmen der Region Leipzig wird ein Gesamtumsatz von ca. 28,5 Milliarden Euro erwirtschaftet. Diese Unternehmen stehen für ein Gewerbesteueraufkommen von 315 Millionen Euro und beschäftigen rund 280.000 sozialversicherungspflichtige Personen.

Die Wirtschaft ist somit die tragende Säule für die Entwicklung der Region Leipzig. Entsprechend müssen ihre Belange im kommunalpolitischen Handeln angemessen Berücksichtigung finden.

Anlässlich der am 25. Mai 2014 anstehenden Kommunalwahlen hat die Industrie- und Handelskammer zu Leipzig Wirtschaftspolitische Positionen erarbeitet. Diese sollen als Richtschnur des kommunalpolitischen Handelns für die nächsten Jahre dienen.

Leipzig, im Mai 2014

Die Region Leipzig als wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort stärken – Unternehmen mit attraktiven Rahmenbedingungen unterstützen!



Quelle: Eurostat (2014)

Wie es ist:

Die Region Leipzig hat sich in den vergangenen Jahren dynamisch entwickelt. Dies wird durch die Ergebnisse verschiedener Standortrankings bestätigt. Die Bevölkerung wächst, die Besucherzahlen steigen, viele Ansiedlungs- und Investitionsprojekte wurden bzw. werden realisiert, die Arbeitslosenquote sinkt, in den Konjunkturumfragen der Kammern wurden neue Höchstwerte vermeldet. Doch nicht alles ist Gold was glänzt. Steuern, Abgaben und Gebühren liegen auf Rekordniveau, es sind kaum Fortschritte bei der Ansiedlung FuE-intensiver Industrieunternehmen oder von Betrieben des verarbeitenden Gewerbes zu verzeichnen. Der Strukturwandel ist nur teilweise geschafft und der Abstand zu vergleichbaren westdeutschen Städten nicht abgebaut.

Wie es sein sollte:

- Die Stärkung der Wirtschaft der Region Leipzig muss künftig Primat von Kommunalpolitik und -verwaltung sein. Dazu gehören – in Zusammenarbeit mit den Kammern – sowohl eine aktive Bestandspflege als auch die Unterstützung von qualifizierten Gründungen und das stetige Bemühen um Neuansiedlungen von innovativen Unternehmen.
- Im Ergebnis dessen muss in den Jahren bis 2020 Leipzig zur führenden Wirtschaftsregion Ostdeutschlands weiterentwickelt werden und zu vergleichbaren Regionen Westdeutschlands (Stuttgart, Nürnberg, Hannover) aufschließen.
- Die von den Unternehmen getragenen Cluster sind von den Kommunen der Region zu unterstützen. Clusterpolitik muss sich dabei strikt an den Bedürfnissen der Unternehmen ausrichten.
- Die Region Leipzig muss als Wirtschaftsstandort und touristische Destination ihr Profil weiter schärfen, um sich national und international gezielter vermarkten zu können. Im Ergebnis der Arbeit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Region Leipzig (WRL) müssen engagiertes Standortmarketing und weltweite Investoren- und Fachkräfteakquise einen spürbaren Schub erhalten. Dabei sind Kooperationen in Mitteldeutschland intensiv auszubauen (Stichwort: Metropolregion).
- Die Vergabepolitik von Verwaltung und kommunalen Unternehmen muss mit oberster Priorität gewährleisten, dass sich lokale und regionale Handwerks- und Gewerbebetriebe im hohen Umfang an öffentlichen Aufträgen beteiligen können.
- Die Kommunen müssen eine attraktive und transparente Liegenschafts- und Flächenpolitik umsetzen, damit der Bedarf an Gewerbeflächen und -immobilien insbesondere an stark nachgefragten Standorten gedeckt werden kann.

Kommunalverwaltungen unternehmensfreundlich ausrichten!

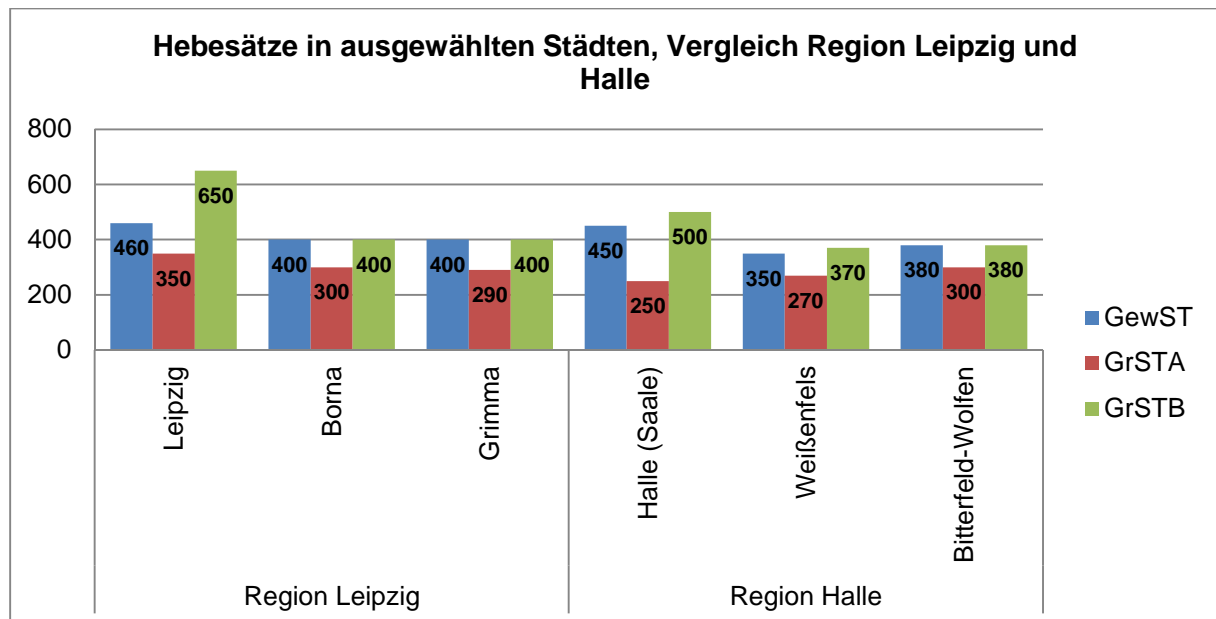
Wie es ist:

Aktuellen Umfrageergebnissen (vgl. z. B. BVMW Leipzig 2012) und vielfältigen Erfahrungen von Unternehmen der Region Leipzig zufolge schneidet die Verwaltung in punkto Unternehmensfreundlichkeit insgesamt noch unbefriedigend ab. Unternehmen empfinden sich nicht selten als „von Amts wegen gegängelte Bittsteller“. Komplizierte Satzungen (z. B. Sondernutzungssatzung), lange, mit unverhältnismäßigem bürokratischen Aufwand überzogene Verfahren unter Einbeziehung mehrerer Ämter, eine restriktive Genehmigungspraxis und intransparente Gebühren sind ursächlich dafür. Die Kommunalpolitik ist entsprechend aufgefordert, die Verwaltungen in den Kreisen, Städten und Gemeinden der Region zu wirtschaftsfreundliche Strukturen und -abläufen anzuhalten.

Wie es sein sollte:

- Die Kommunalverwaltungen müssen sich stärker als Dienstleister für Bürger Unternehmen und verstehen. Das schließt eine entsprechende Willkommenskultur, wirtschafts- und investorenfreundliches Handeln und die Bereitschaft zu eigenverantwortlichen Entscheidungen innerhalb bestehender Ermessensspielräume bei allen Mitarbeitern ein. Im Sinne der Kundenzufriedenheit und des Qualitätsmanagements sind Feedbackbögen einzuführen. Die Kundenzufriedenheit ist regelmäßig zu evaluieren.
- Die Verwaltungsprozesse sind effizienter und transparenter zu gestalten. Die Bearbeitungsfristen sollten – Vollständigkeit und Entscheidungsreife der Unterlagen vorausgesetzt – in der Regel 14 Tage nicht überschreiten.
- Die kommunalen Satzungen müssen einfach und anwenderfreundlich aufgebaut werden. Eine Bürokratiekostenabschätzung ist regelmäßig vornehmen. Das Motiv, über die Ausgestaltung möglichst viel Verwaltungsarbeit zu erzeugen, muss entfallen. Die Gebührenkalkulation ist offen zu legen.
- Die verwaltungsinterne Zusammenarbeit und ämterübergreifende Abstimmung ist grundlegend zu verbessern.
- Die Kammern sind stärker in wirtschaftsrelevante Entscheidungsprozesse einzubeziehen.
- Eine generelle Genehmigungsfiktion bei der Überschreitung von Bearbeitungsfristen ist einzuführen.
- Die Instrumentarien des E-Government sind stärker zu nutzen.

Haushaltskonsolidierung mit Augenmaß vorantreiben – Abgabenbelastung der Wirtschaft reduzieren!



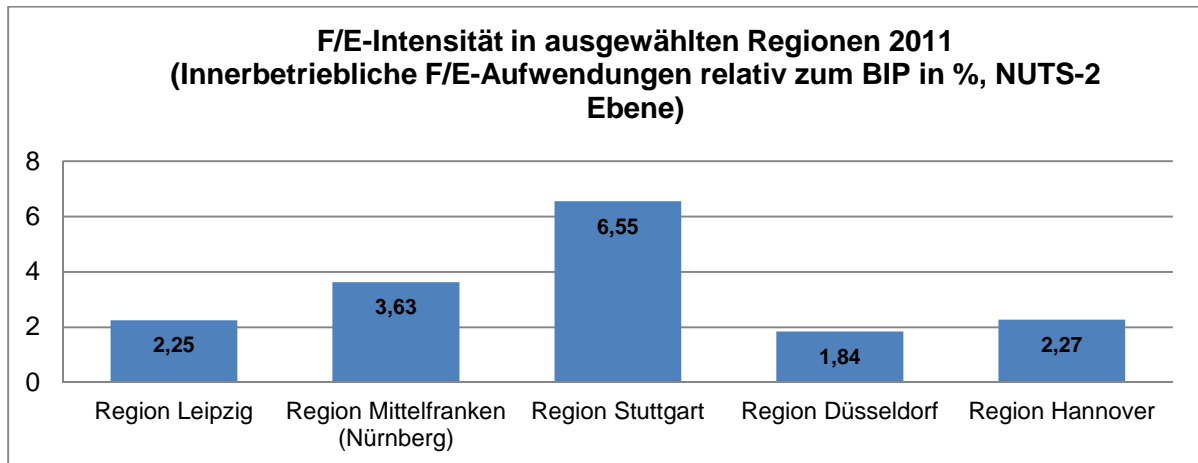
Wie es ist:

Die Abgabenlast am Wirtschaftsstandort Leipzig ist für die Unternehmen vergleichsweise hoch. Die Hebesätze der Gewerbe- und Grundsteuer erreichen bundesweite Spitzenwerte. Satzungsgemäße Gebühren haben hinsichtlich Anzahl und Höhe zugenommen. Gleichzeitig weisen die kommunalen Haushalte noch immer einen hohen Schuldenstand auf. Der wesentliche Schlüssel für eine Stabilisierung der finanziellen Situation ist eine prosperierende Wirtschaft, die Wertschöpfung generiert und Beschäftigung schafft. Diese Prämisse müssen die Kommunalparlamente bei der Ausübung ihres „Königsrechts“ stärker berücksichtigen.

Wie es sein sollte:

- Die bestehende Abgabenbelastung der Unternehmen muss insgesamt reduziert werden. Die Einführung weiterer, zusätzlicher Gebühren sowie Steuererhöhungen sollte möglichst unterbleiben.
- Steuermehreinnahmen müssen konsequent für Schuldentilgung und Investitionen genutzt werden.
- Strikte Ausgabendisziplin ist als oberste Prämisse der Haushaltskonsolidierung zu verankern. Von den Kommunen wahrgenommene Auf- und Ausgaben müssen vor diesem Hintergrund regelmäßig einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.
- Bei kommunalen Beteiligungen, die keine Dienstleistungen der unmittelbaren Daseinsvorsorge erbringen, sind Privatisierungspotenziale zu heben.
- Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) können eine alternative Form zur Finanzierung und Unterhaltung von Investitionsprojekten darstellen - eine prinzipielle Nutzung und mittelstandsfreundliche Umsetzung im Rahmen von Pilotprojekten sollten deshalb unter Einbeziehung der Kammern geprüft werden.
- Von EU, Bund und Land zur Verfügung gestellte Fördermittel müssen mit maximaler Hebelwirkung zur Finanzierung von Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Bildungs- und Infrastrukturprojekten voll ausgeschöpft werden.

Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft intensivieren!



Quelle: Eurostat (2014)

Wie es ist:

Als Wissenschaftsstandort bietet die Region Leipzig mit der Universität, den Hochschulen sowie die außeruniversitären Forschungszentren eine hohe Forschungskompetenz und erhebliches Potenzial zur Ausbildung und Beschäftigung von Fachkräften. Unter den Möglichkeiten verbleiben indes die Kooperationen mit der Wirtschaft. Es werden zu wenig Verbund- und Transferprojekte mit den kleinen und mittleren Unternehmen initiiert, wodurch die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft vergleichsweise schwach ausgeprägt ist.

Wie es sein sollte:

- Die Potenziale des Wissenschaftsstandortes Region Leipzig sollten strategisch ausgebaut und auf nationaler und internationaler Ebene effektiver vermarktet werden.
- Ansiedlungswerbung und Investorenakquise müssen sich stärker auf innovative Unternehmen fokussieren.
- Die Zusammenarbeit mit den Hochschulen sollte auch darauf gerichtet sein, den akademischen Nachwuchs für die regionale Wirtschaft zu sichern.
- Ausgründungen aus Hochschulen sollten finanziell und infrastrukturell unterstützt werden.
- Aktivitäten zum Zusammenbringen von Wirtschafts- und Wissenschaftspartnern sind unter den Intermediären (z. B. Kommunen, Kammern, Transfergesellschaften) besser zu koordinieren.

Attraktive Rahmenbedingungen für Bildung und Fachkräftezuzug schaffen!

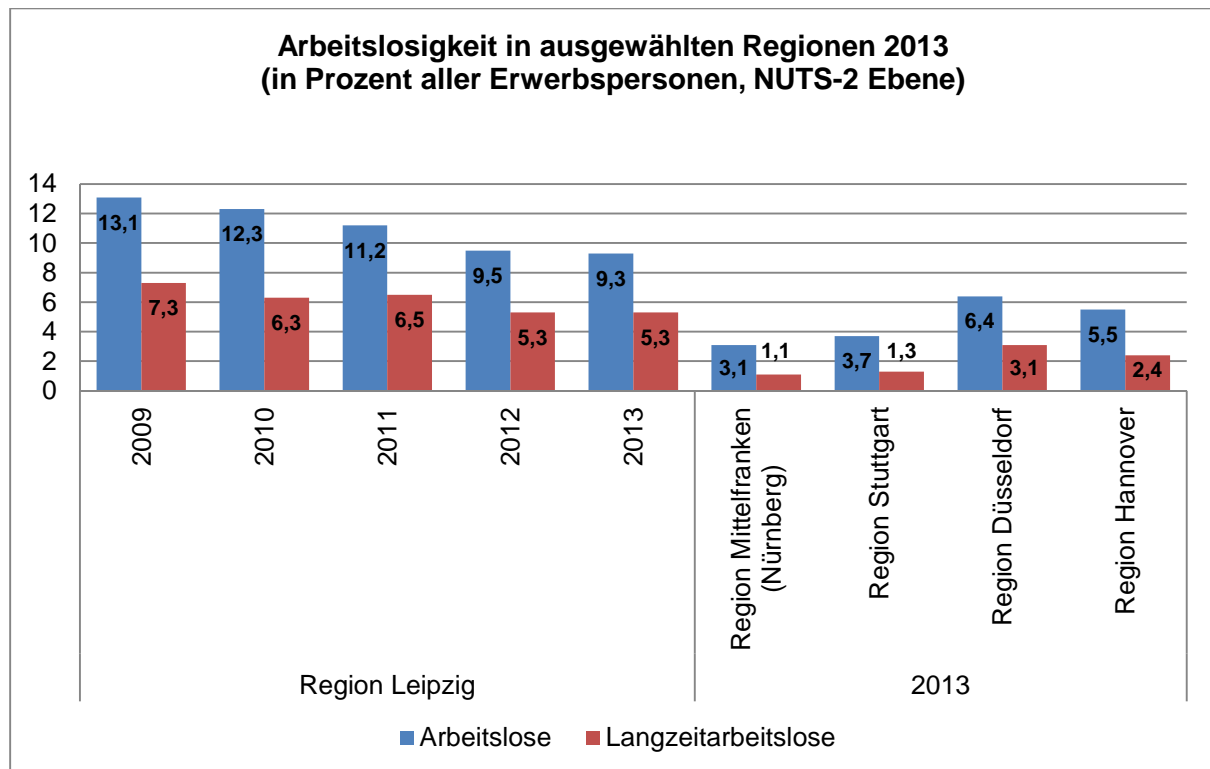
Wie es ist:

Getrieben durch den Zuzug in die Stadt Leipzig wächst die Einwohnerzahl in der Region insgesamt. Andererseits verlieren der ländliche Raum und die Mittelzentren der Region viele junge Menschen. Hinzu kommt, dass gegenwärtig die Zahl der Schulabgänger demografiebedingt sinkt. Der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss ist mit etwa 15 Prozent in der Stadt Leipzig viel zu hoch. Entsprechend haben Unternehmen große Probleme bei der Rekrutierung von Auszubildenden und Fachkräften.

Wie es sein sollte

- Die Landkreise, Städte und Gemeinden der Region Leipzig müssen attraktive Rahmenbedingungen und eine Willkommenskultur in den Behörden für in- und ausländische Fachkräfte schaffen.
- In Kooperation mit den Kammern und der Agentur für Arbeit ist eine unbürokratische Prüfung der Anträge zur Arbeits- und Niederlassungserlaubnis von ausländischen Personen durch die Verwaltung zu gewährleisten. Gleiches gilt für eine Zusammenarbeit bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen, die durch die Kammern durchgeführt werden.
- Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist das wohn- bzw. arbeitsplatznahe Betreuungsangebot für Kinder (Krippen, Kindertagesstätten, Horte) bedarfsgerecht und zügig auszubauen. Eine bedarfsgerechte, wohnortnahe Versorgung muss auch aufgrund des bestehenden Rechtsanspruchs gewährleistet werden.
- Öffnungszeiten von KITAs müssen sich an den Realitäten des heutigen Berufslebens orientieren.
- Zur spürbaren Verbesserung der Schul- und Lernbedingungen müssen die Investitionen zur Sanierung, zum Neubau und zur modernen Ausstattung von Schulen, Gymnasien und Berufsschulen bedarfsgerecht vorgenommen werden.
- Das Berufsschulnetz im ländlichen Raum muss bedarfsgerecht gesichert werden.
- U. a. durch eine gezieltere sozialpädagogische Arbeit muss die Zahl der Schulschwänzer und Schulabgänger ohne Abschluss reduziert werden.
- Zur frühzeitigen Berufsorientierung müssen Kooperationen zwischen Schule und Wirtschaft weiter vertieft und unterstützt werden.

**Arbeitslosigkeit weiter bekämpfen –
Arbeitsmarktförderung auf Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt ausrichten!**



Wie es ist:

Konjunkturbedingt, aber auch durch die Ansiedlungserfolge in den vergangenen Jahren konnte die Arbeitslosenquote in der Region Leipzig spürbar reduziert werden. Sie war mit 9,3 Prozent im vergangenen Jahr jedoch noch immer vergleichsweise hoch. Dies ist vor allem auf die nahezu unverändert hohe Anzahl von Langzeitarbeitslosen zurückzuführen. Es gelingt nicht, diese Personen im größeren Umfang in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Auf den kommunalen Haushalten lasten daher weiterhin hohe Sozialausgaben.

Wie es sein sollte:

- Die kommunale Arbeitsmarktpolitik sollte sachorientiert gestaltet und dabei primär auf die Interessen der ansässigen Unternehmen und deren Fachkräftebedarfe ausgerichtet werden.
- Eine Verdrängung regulärer Beschäftigung durch öffentliche organisierte Beschäftigung des zweiten Arbeitsmarktes ist wirksam zu verhindern.
- Statt auf „Endlosschleifen“ im zweiten Arbeitsmarkt ist der Fokus auf soziale Stabilisierung und betriebsnahe Weiterbildung sowie Qualifizierung zu legen, um offene Stellen im Helfer- aber auch im Facharbeiterbereich besetzen zu können.
- Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft ist in Zusammenarbeit mit den zuständigen Finanz- und Zollbehörden wirksam zu unterbinden.

Belange der Wirtschaft bei der regionalen Entwicklung berücksichtigen – leistungsfähige Infrastruktur erhalten und ausbauen!

Wie es ist:

Das Antlitz der Region Leipzig hat sich in den vergangenen Jahren weiter verbessert. Viele Großprojekte (z. B. A 72, S-Bahn Mitteldeutschland, Leipziger Neuseenland) wurden bzw. werden erfolgreich realisiert. Bei Planung und Realisierung erfolgt zunehmend die regelmäßige Einbeziehung von betroffenen Interessengruppen, wie das Beispiel Charta Leipziger Neuseenland zeigt. Kritisch ist aus Sicht der Wirtschaft die zunehmende Tendenz, den motorisierten Wirtschaftsverkehr zu verdrängen. Umfrageergebnissen zufolge sind die Bürger besonders mit dem schlechten Zustand des kommunalen Straßennetzes unzufrieden. Auch bei Schulen besteht ein immenser Sanierungsstau, Kinderbetreuungseinrichtungen sind – insbesondere in der Stadt Leipzig – nicht ausreichend vorhanden. Eine aktuelle Umfrage hat zudem gezeigt, dass der flächendeckende Ausbau des Breitbandnetzes bei den Unternehmern des Kammerbezirks allerhöchste Priorität genießt. Im bundesweiten Vergleich zu ähnlich großen Ballungsräumen verfügt die Region Leipzig nach wie vor nur über ein unzureichend ausgebautes Netz von Internetverbindungen mit zeitgemäßen Übertragungsraten (> 50 MB/s).

Wie es sein sollte:

- Die Attraktivität der Region ist weiter zu verbessern, z. B. durch kommunale Projekte zur Verbesserung der Attraktivität von Innenstädten und Gemeindezentren, zur Revitalisierung von Gewerbe- und Industriebrachen oder zur attraktiven und vielfältigen Nutzung des Leipziger Neuseenlandes.
- Ein ausreichendes Angebot an Gewerbeflächen für Ansiedlungen/Erweiterungen muss von den Kommunen vorgehalten werden, damit der Bedarf an Gewerbeflächen und -immobilien insbesondere an stark nachgefragten Standorten gedeckt werden kann.
- Fehlende Ausgleichsflächen entwickeln sich zunehmend als Hindernis für die Ausweisung neuer Gewerbeflächen. Es sind neue alternative Kompensationsmöglichkeiten zu prüfen.
- Private Investitionsprojekte müssen von den Kommunen begleitet und unterstützt werden, z. B. durch Verkürzung der Planungs- und Genehmigungszeiten – Behinderungen oder Verzögerungen durch unverhältnismäßige Auflagen der Behörden müssen unterbleiben.
- Die Wirtschaft ist als Dialogpartner in Fragen der regionalen Entwicklung zu begreifen und einzubeziehen, um das verträgliche Nebeneinander von Wirtschaft, Arbeit und Verkehr einerseits und Wohnen sowie Freizeit und Erholung andererseits zu gewährleisten.
- Die kommunale Infrastrukturpolitik muss den erheblichen Sanierungsstau im kommunalen Straßennetz beseitigen sowie eine intelligente, diskriminierungsfreie Verzahnung von KfZ-/NfZ-, Fahrrad-, Fußgängerverkehr und ÖPNV gewährleisten.
- Zur Optimierung der Verkehrsanbindung müssen die Kommunen der Region darauf hinwirken, dass die Bahnstrecke Chemnitz-Leipzig bis 2020 durchgängig elektrifiziert, die A 72 zügig fertiggestellt und die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Ausbau der B87n Leipzig-Torgau-Herzberg zeitnah geschaffen werden.
- Die Baustellenkoordinierung bei Infrastrukturbaumaßnahmen in den Städten und Gemeinden der Region muss grundlegend verbessert werden. Bei Großbaustellen ist ein Baustellenmanagement unter Einbeziehung aller Anlieger zu institutionalisieren.
- Unter Nutzung des entsprechenden Förderprogramms des Freistaates Sachsen ist der Breitbandausbau mit zeitgemäßen Übertragungsraten (> 50 MB/s) voranzutreiben, um die Industrie- und Gewerbestandorte der Region mit schnellen Internetverbindungen flächendeckend zu versorgen.

Energie und Umwelt - Wirtschafts- und Umweltbelange in Einklang bringen!

Wie es ist:

Die Wirtschaftsbranchen Energie und Umwelt haben für die Region Leipzig eine große Bedeutung. Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung haben sich zu einem erfolgreichen Cluster zusammengeschlossen. Auch das Engagement der Kreise, Städte und Gemeinden im Hinblick auf Energieeffizienz, Klima- und Umweltschutz ist anzuerkennen. Gleichzeitig ist jedoch scharf zu kritisieren, dass Umwelt- und Klimaziele oft mit unverhältnismäßigen Maßnahmen allen voran der Leipziger Umweltzone erreicht werden sollen oder viele Maßnahmen von den Kommunen umgesetzt werden, ohne sie untereinander abzustimmen.

Wie es sein sollte:

- Die kommunale Energie-, Umwelt- und Klimapolitik ist wirtschaftsverträglich und mit Augenmaß zu gestalten. Freiwilliges Engagement und der Dialog mit Wirtschaft und Bürgern müssen Vorfahrt haben.
- Im Zuge der Umsetzung von Energieversorgungsprojekten sollte eine stärkere interkommunale Abstimmung und Zusammenarbeit erfolgen.
- Bei der energetischen Sanierung öffentlicher Immobilien müssen vorhandene Potenziale und staatliche Fördermittel effektiv genutzt werden.
- Kommunale Luftreinhalte- und Lärmaktionspläne sind im gegenseitigen Einvernehmen mit der Wirtschaft zu fixieren.
- Statt Fahrverbote zu verhängen, müssen Lärmschutzinvestitionen getätigt werden.
- Die Lärmschutzinvestitionen des Flughafens Leipzig-Halle müssen Anerkennung finden – der Flugverkehr darf nicht durch verwaltungsseitige Auflagen im Gefolge der Ausweitung des Lärmaktionsplanes eingeschränkt werden.